

# SP sagt Ja – und Nein

Die Delegierten der SP haben gestern ihre Rezepte zum Thema Finanzmärkte definiert: Sie fordern strenge Vorschriften für die Finanzmärkte. Präsident Christian Levrat rief zum sozialen «Big Bang» auf und stellte das neue SP-Logo vor.

Winterthur. – Wie jede SP-Delegiertenversammlung der vergangenen Monate stand auch die gestrige im Zeichen der Wirtschaftskrise. Unter dem Schlagwort «Das Casino muss geschlossen werden» sagte die Parteispitze Nein zu einem von der Realwirtschaft losgelösten Finanzmarkt und forderte in ihrem Positionspapier straffe Zügel für die Finanzinstitute; die rund 200 Delegierten folgten den Vorschlägen weitgehend.

## Nein zu Grossbanken

Kernpunkte des Papiers sind die Forderung nach einer unabhängigen und starken Aufsicht über die Finanzinstitute, ein Verbot von Boni-Exzessen, die Verkleinerung der Schweizer Grossbanken – durch Abspaltung des Investmentbanking vom Kreditgeschäft – sowie eine Erhöhung der Eigenmittelvorschriften für die Banken. Gastredner Rudolf Strahm, alt Nationalrat und ehemaliger Preisüberwacher, hatte die Eigenmittelerhöhung zuvor als wichtigste Massnahme zur Korrektur der Finanzmärkte überhaupt empfohlen – wichtiger noch als die Beschränkung der Manager-Boni.

In Sachen Rating-Agenturen wurde beschlossen, dass diese künftig zwischen Beratung und Rating-Tätigkeit wählen müssten. International müssten zudem «alle Regulierungsoasen trocken gelegt» werden, und es müsse Schluss sein mit geschönten Bilanzen, wurde im Papier festgeschrieben. «Märkte im Dienste der Realwirtschaft und nicht der Zocker» lautete die Parole.

## Ja zur Postbank

In diesem Sinne brauche es in der Schweiz eine vertrauenswürdige Alternative zu den Banken, und zwar in Form einer Postbank. Im Interesse von Haushalten und KMUs solle sich die Partei dafür engagieren, dass eine

nationale Postbank mit Staatsgarantie lanciert werde, hielten die Delegierten fest. Diese soll als Tochtergesellschaft der Post ganz im Besitz des Bundes sein. Mit wenigen Gegenstimmen beschlossen die Genossen zugleich, die Eidgenössische Volksinitiative zur Sicherung eines flächendeckenden Poststellennetzes zu unterstützen, welche die Gewerkschaft Kommunikation initiiert hatte.

## Nein zum Kandidatenkarussell

Parteipräsident Levrat forderte in seiner Rede einen «sozialen Big Bang» und damit grundlegende Reformen. Statt die Zeit mit Diskussionen über die Nachfolge von Gesundheitsminister Pascal Couchepin zu vertun, solle besser über Reformen der Sozialversicherungen nachgedacht werden, forderte er. Mit Blick auf die nationalen Wahlen vom Herbst 2011 appellierte Levrat an Genossen, die SP als Partei der Hoffnung und des Fortschritts zu profilieren. Als Ausdruck davon stellte er das neue SP-Logo vor: Es zeigt übergross das Wort «Ja» neben einem roten Feld mit den weissen Buchstaben SP. Nichts bringe die konstruktive, reformorientierte Haltung der Partei besser auf den Punkt als dieses Ja.

Die «Ja»-Parole fassten die Delegierten auch zu den beiden Abstimmungsvorlagen vom kommenden 27. September. Sie votierten für die Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung mittels einer Erhöhung der Mehrwertsteuer und hiessen auch die Vorlage «Über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative» gut. (ap)



Ja: Christian Levrat stellt das neue SP-Logo vor. Bild Patrick B. Kraemer/Keystone

# Pelli droht der SP und schon die SVP

FDP-Chef Pelli warnt die SP indirekt vor einem Rauswurf aus dem Bundesrat im Falle mangelnder Unterstützung bei der Couchepin-Nachfolge. Tatsächlich hält die SP-Spitze ihre zwei Bundesratsitze inzwischen so oder so für gefährdet.

Von Fabian Renz

Bern. – An Fulvio Pelli gestriger Rede in Bern war nicht nur bemerkenswert, was er sagte. Ebenso bemerkenswert war, was der FDP-Präsident vor seinen Delegierten nicht aussprach. So betonte er erneut, er habe das «Ziel», seine Partei in die Wahlen 2011 zu führen, und es sei «nicht nötig», ihn zum Bundesratskandidaten zu küren. Er unterliess es hingegen zu sagen, dass er eine Kandidatur oder gar eine Wahl ausschlagen würde. Damit hält sich der 58-jährige Tessiner weiterhin die Türen offen, um am 16. September als möglicher Nachfolger von Bundesrat Pascal Couchepin ins Rennen zu steigen. «Das Einzige, was ihn wirklich ernsthaft zögern lässt, ist sein Alter», erklärte ein langjähriger Weggefährte Pelli gestern gegenüber der «Südostschweiz».

Ebenso äusserte Pelli für einmal kein böses Wort über die SVP, an früheren Delegiertenversammlungen eine von ihm bevorzugte Zielscheibe. In der Tat ist die FDP auf die geschlossene Unterstützung des rechten Lagers angewiesen, will sie den Couchepin-Sitz gegen den Machtanspruch der CVP verteidigen.

Mahnende, ja drohende Worte gab es dafür an die Adresse der Sozialdemokraten, die als die wichtigsten potenziellen Verbündeten der CVP gelten. Für «Streiche» bei der Bundesratswahl hätte die SP einen hohen Preis zu bezahlen, warnte Pelli. Was der FDP-Chef damit meinte, machte er mit einem fuchsischen Zusatzhin-



Der Abtretende – und sein Erbe? Fulvio Pelli (rechts) schliesst eine Kandidatur für die Nachfolge von Pascal Couchepin weiterhin nicht explizit aus. Bild Keystone

weis deutlich: Die SP, die derzeit laufend Wahlen verliere, müsse «bald ihre Bundesräte auswechseln». Im Klartext: Wenn die in die (Amts-)Jahre gekommenen SP-Bundesräte Moritz Leuenberger und Micheline Calmy-Rey abtreten, droht den Sozialdemokraten die Retourkutsche.

## «So oder so unter Druck»

Tatsächlich ist die Furcht vor dem Rauswurf-Szenario bei der SP-Spitze durchaus vorhanden, wie Nachfragen zeigen. SP-Präsident Christian Levrat sagt sogar: «Unsere Sitze werden so oder so unter Druck kommen. Wir wissen nur noch nicht, durch wen.» Als mögliche Gegenspieler sieht Levrat beispielsweise auch die Grünen, deren Präsident Ueli Leuenberger diese Woche laut über ein Zweckbündnis mit der SVP nachdachte. «Bundesratswahlen sind längst nicht mehr so berechenbar wie früher», stellt SP-Generalsekretär Thomas Christen fest.

Auf Grund der diffusen Gefahrenlage nimmt Levrat Pelli gestrige Drohung einigermaßen «gelassen». Er will nicht a priori mit FDP-genehmem Wahlverhalten reagieren. Das passende Gegenrezept für Attacken auf die SP-Bundesratsitze hat er übrigens schon parat: «Wir müssen die Wahlen 2011 gewinnen.»

## FDP sagt Ja zu IV-Zusatzfinanzierung

An ihrer gestrigen Versammlung in Bern fassten die FDP-Delegierten die Parolen zu zwei aktuellen Abstimmungsvorlagen: Für die Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der IV gab es ein deutliches Ja, zur Minarett-Initiative ein klares Nein. Ferner wählte die Versammlung Nationalrat Markus Hutter zum neuen Vizepräsidenten. (fr)

# «Heute kann das Volk nur zusehen»

FORTSETZUNG VON SEITE 13

Sie fordern ein nationales Register für Pädophile. Wollen Sie zurück zum öffentlichen Pranger?

Das ist kein öffentliches Register.

## Wer soll Zugriff erhalten?

Die Polizei und die Behörden. Es gibt solche Register in Amerika und England. In Amerika ist es öffentlich. Mein Modell ist England: Dort ist es beispielsweise für allein erziehende Mütter möglich, bei den Behörden anzufragen, ob der neue Partner ein solches Delikt begangen hat. Meine Forderung ist, dass zum Beispiel Vereine, Schulen, Institutionen und Eltern, die mit Kindern zu tun haben, bei den Behörden Auskünfte einholen können über eine gewisse Person.

Die Leiterin einer Kinderspielgruppe soll also bei der Polizei nachfragen können, ob der Helfer aus der Nachbarschaft pädophil ist?

Das ist mein Ziel, ja.

## Also ist das Register doch öffentlich?

Nicht wirklich – aber Entschuldigung: Ich will die Gesellschaft schützen! Ein Pädophiler hat bei Kindern nichts verloren! Bei Kindsmisbrauch und Vergewaltigung sollen auch die Daten aus dem Strafregister nicht mehr gelöscht werden.

Ein Pädophiler trägt also lebenslanglich diesen Stempel.

Wollen Sie den Pädophilen schützen?

## Es gibt einen Datenschutz.

Datenschutz ist heute Täterschutz! Ein Pädophiler wird so auch vor sich selber geschützt: Er darf nicht mehr mit Kindern arbeiten und in deren Nähe kommen. Das Risiko, seine Freiheit zu verlieren, muss der Täter tragen und nicht das potenzielle Opfer.

## «Datenschutz ist heute Täterschutz»

Mit dem harten Kampf gegen Kriminalität lässt sich populistisch punkten. Ist Wegsperrten Ihr einziger Lösungsansatz? Das Problem des heutigen Strafrechts ist: Es basiert auf einer 68er-Ideologie: den Täter heilen, resozialisieren. Man will ihn nicht aus der Gesellschaft reissen, aus der Familie, weg vom Arbeitsplatz. Das Strafrecht hat jegliche Art von Abschreckung verloren. Wir müssen den Tätern wieder aufzeigen, dass Strafe wirklich Strafe ist. Zuerst muss die Strafe sein, bevor die Resozialisierung beginnen kann.

Sie sprechen von Kuschel-Justiz. Ist das SVP-Polemik?

Unser Strafrecht geht in Richtung Kuschel-Justiz: Es geht nur um den Täter und dessen Resozialisierung. Sühne ist kein Thema. Wann geht es um das Opfer? Nie!

## Es gibt das Opferhilfegesetz.

Das nützt dem Opfer nichts, wenn es vergewaltigt wurde, schwer verletzt oder sogar ermordet wurde. Der FCZ-Fan in Zürich, der brutal zusammengeschlagen wurde, hat lebenslanglich: Er wird sein Leben lang behindert im Rollstuhl sein – der Täter kassierte drei Jahre, muss aber nur 18 Monate absitzen.

Die Gefängnisse sind randvoll. Dennoch fordern Sie mehr und höhere Gefängnisstrafen.

Schauen Sie den Ausländeranteil an: Letztes Jahr lag er bei 70 Prozent! Darum die Idee, im Ausland Gefängnisse zu bauen, namentlich auf dem Balkan. Die Ausländer sollen ihre Strafe dort absitzen. Aber die SVP ist mit dieser Forderung leider bisher nicht durchgedrungen.

Bezahlen müsste den dortigen Knast die Schweiz?

Vielleicht ist eine Kooperation mit diesen Ländern möglich. Diese Gespräche müssen geführt werden. Gefängnisse dort wären viel günstiger.

Auch mit der Ausschaffungsinitiative will die SVP straffällige Ausländer ins Herkunftsland zurückschicken.

Ja, nach Verbüßung der Freiheitsstrafe soll eine Landesverweisung zwingend sein.



«68er-Ideologie»: Das bestehende Strafrecht ist für Natalie Rickli zu täterfreundlich. Bild Tanja Demarmels/ExPress

Was halten Sie vom Gegenvorschlag des Bundesrates?

Er ist uns zu wenig entgegengekommen. Im Volk hat die Stimmung längst gedreht. Das Volk will härtere Strafen und keine kriminellen Ausländer im Land.

Was schlagen Sie vor gegen sehr gewalttätige Jugendliche?

Bei schweren Delikten wie Körperverletzungen, Vergewaltigungen, Tötungen soll das Erwachsenen-Strafrecht angewendet werden. In diesem Alter weiss man, was man macht, und

muss die Verantwortung dafür tragen. Und es braucht Jugend-Schnellgerichte. Wenn sie tatsächlich ihr Köfferchen packen müssen, in Untersuchungshaft genommen werden und dann drei, vier Tage im Gefängnis bleiben müssen – was ihr Arbeitgeber, ihr Lehrbetrieb, ihre Eltern und Kumpel merken –, dann wirkt das abschreckend.

Was hilft gegen randalierende Fussball-Fans?

Da ist Ueli Maurer auf gutem Weg.

Er schlägt vor, ihre Bilder im Internet zu veröffentlichen.

Wenn das für Fahndungszwecke gemacht wird, bin ich dafür. Aber ich halte nichts von einem öffentlichen Hooligan-Register.

Wie haben Sie bei der Strafbefreiung für Cannabis-Konsums gestimmt?

Da habe ich mich der Stimme enthalten.

Als Jugendliche haben Sie selber gekiff. Schon vergessen?

Die Initiative ging mir zu weit. Aber ich bin nicht realitätsfremd und sehe, dass sehr viele Leute kiffen, ohne dass sie belangt werden. Ich wollte dem Volk diese Entscheidung überlassen. Es hat die Legalisierung deutlich abgelehnt, und hinter diesem Entscheid stehe ich.

Wie gehen Sie mit der altherwürdigen Redensart um, es sei Gnade vor Recht ergehen zu lassen?

Ich bin anderer Ansicht: Es müssen die Rechte des Opfers geschützt – und das Unrecht des Täters hart bekämpft werden.